

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schmalenbach, sehr geehrte Frau Kämmerin Plate Ernst, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, meine Kolleginnen und Kollegen des Rates, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,

für die Erstellung des Haushalts und aller damit verbundenen Zusatzdokumente danke ich im Namen der gesamten FDP-Fraktion Kämmerin Sabine Plate-Ernst und Bürgermeister Schmalenbach stellvertretend für all diejenigen, die an diesem Zahlenwerk beteiligt gewesen sind, ganz herzlich.

Die Cyberattacke, auch auf die Kommunen des Märkischen Kreises, führte auch bei der Aufstellung des vorliegenden Haushaltes zu großen Einschränkungen und erforderte entsprechenden Einsatz außerhalb des normalen Bereichs. Hierfür sprechen wir allen Beteiligten den herzlichsten Dank der FDP-Fraktion aus. Bedingt durch die Cyberattacke ist auch das digitale Reporting in seiner Einführung zeitlich verzögert, wir begrüßen die Einführung und Wiederaufnahme am Projekt sehr.

Vor uns liegt die Verabschiedung eines Doppelhaushalts für die Jahre 2024 und 2025 verbunden mit einem erneuten Haushaltssicherungskonzeptes. Es ist bekannt, dass die FDP-Fraktion nicht glücklich mit der Aufstellung eines Doppelhaushaltes ist, vielmehr hätten wir uns aus den unterschiedlichsten Gründen einen Einzelhaushalt sowohl für 2024 als auch für 2025 gewünscht. Den Aufwand hätte man im Rahmen einer guten Finanzvorausplanung geringhalten können, die vorliegenden Unsicherheiten sprechen aus unserer Sicht weiterhin gegen einen Doppelhaushalt.

Als gute Demokraten haben wir uns der Mehrheitsentscheidung, auch wenn diese knapp ausgefallen ist, gebeugt und uns mit den vorliegenden Zahlenwerken intensiv beschäftigt.

Meine Vorredner sind bereits auf viele Punkte eingegangen, ich möchte mich aus Sicht der FDP-Fraktion daher auf wesentliche und wichtige Positionen beschränken.

Sparen hat in Herscheid lange und gute Tradition, wir sind immer verantwortlich mit den zur Verfügung stehenden Mitteln umgegangen und haben gemeinsam viel für die Gemeinde erreicht.

Ich selbst darf seit über 20 Jahren die Haushaltsreden für die FDP-Fraktion halten, eine zur aktuellen Situation vergleichbare Lage habe ich aber in all den Jahren nicht erlebt. Stapelkrisen erschüttern unseren kommunalen Haushalt und das gesamte Leben in der Bundesrepublik Deutschland, wirtschaftlich schwankt das Schiff bedrohlich.

Werden wir mit einem erneuten Haushaltssicherungskonzept das Jahr 2024 und eventuell auch das Jahr 2025 noch bestreiten, fehlt mir heute für die Folgejahre jede Vorstellungskraft zur Erreichung der gesteckten Ziele.

Über Fraktionsgrenzen hinweg fordern Kommunalpolitiker seit Jahrzehnten eine Finanzierungsreform der Kommunen, welche, egal welcher Farbe die Landes- und Bundesregierungen angehören, weiterhin ausbleibt. Die Kommunen sind aber am Ende, sie werden die prognostizierten Ausgaben zukünftig nicht mehr stemmen können. Ein Beispiel sei an dieser Stelle nur die Entlastung der Unternehmen von Steuern auf Bundesebene, die Einnahmen werden kommunal fehlen.

Die Bürgerinnen und Bürger werden zunehmend unzufriedener mit der aktuellen Politik, es wird Zeit, dass hier auch einmal klare Grenzen aufgezeigt werden. Ein „wir schaffen das“ der letzten Bundeskanzlerin war sicherlich gut gemeint, weckte aber in den Spätfolgen Bedürfnisse und Erwartungen, die kostenseitig primär zu Lasten der Kommunen gehen. Wir brauchen hier schnellere Entscheidungen und klare Kante, wir wissen bereits alle, dass wir es jetzt schon nur mit erheblichen Kräften schaffen und

wir zukünftig weiterhin Hilfesuchenden Zuflucht gewähren müssen, was für mich unstrittig ist, aber auch unsere Kräfte und Mittel sind begrenzt.

Bereits in Corona und bei der Flüchtlingshilfe für die Ukraine hat man sich kaufmännisch abenteuerlichen Mitteln bedient, die im Rahmen von Sonderabschreibungen in den nächsten 50 Jahren unseren kommunalen Haushalt belasten werden. Weitere Isolierungsmaßnahmen können seit 2024 nicht in Anspruch genommen werden.

Weiterhin ungelöst bleibt ebenfalls die Altschuldenfrage, anstatt dieses Thema gezielt und mit Lösungsansätzen anzugehen vertagt man diese wichtige Entscheidung nun zunächst auf das Jahr 2025. Aufgeschoben ist niemals aufgehoben.

Apropos Haushaltssicherungskonzept, dieses trifft zurzeit mindestens 40% aller Kommunen des NRW Städte- und Gemeindebundes. Tendenz steigend, diese validiert die schlimmsten Befürchtungen.

Die Kreisumlage ist, wie sollte es anders sein, auch in dieser Haushaltsrede ein Kernthema, da sie unseren Haushalt maßgeblich beeinflusst.

Diese Umlage kennt nur eine Richtung: Steil nach oben! Zwar ist es als positiv zu bewerten, dass der Kreis durch eine Rücklagenentnahme in Höhe von 10 Millionen Euro den Hebesatz der allgemeinen Kreisumlage um über 2% gesenkt hat, diese Mittel bedeuten aber Rücklagenverzehr, sind einmalig und nicht nachhaltig.

Bereits für 2025 kann der Hebesatz über 45% steigen, was eine deutliche Mehrbelastung der Gemeinde Herscheid in Höhe von über 0,5 Millionen Euro bedeutet.

Hohe Belastungen erwarten uns insbesondere aus dem Bereich der Krankenhäuser und der MVG. Bereits in meiner letzten Rede hatte ich angeregt, den Betrieb von zwei

Krankenhäusern in unmittelbarer Nähe zumindest mit Expertise zu hinterfragen. Aktuell ist nun die Schließung eines Standortes beschlossen worden.

Natürlich darf nicht der Service am Bürger leiden, man sollte so beispielsweise einmal über eine Minderheitsbeteiligung eines Krankenhausträgers mit großem wirtschaftlichem Sachverstand nachdenken.

Bei der differenzierten Kreisumlage kommen weitere Ausgaben und Planungsunsicherheiten auf uns zu, beispielsweise Kosten für die Instandhaltung der Bausubstanz im Kreisgebiet in Höhe von 1,8 Millionen Euro, auch die Sanierungskosten der Kliniken sind nicht final abzuschätzen.

Hier kann und darf es kein „weiter wie bisher“ im Sinne einer Verteilung mit einhergehender Erhöhung der Umlagen geben, ansonsten ist der Kollaps der Kommunen unvermeidlich.

Sie sehen, dass unsere Spielräume immer enger werden und wir die Ausgaben in Herscheid auch mit größter Kreativität nicht mehr decken können. Hinzu kommen auch Nöte und Bedürfnisse anderer, beispielsweise der Träger unserer Kindergärten, die schlechte Allgemeinlage schlägt auch hier mit voller Härte zu.

Ungeachtet der Mittel haben wir in Herscheid viel erreicht und müssen auch für die Zukunft Sorge tragen, dass wir dies weiterhin erzielen können.

Unser Freibad hat einen exzellenten Ruf weit über die Grenzen der Kommune hinaus, die Sanierung ist fast komplett abgeschlossen. Die FDP-Fraktion wird sich auch zukünftig für den Erhalt dieser kommunal wichtigen und schönen Freizeiteinrichtung einsetzen.

Mit Rärin haben wir einen wichtigen Neubau für die Feuerwehr abgeschlossen, Herscheid muss nun folgen.

Natürlich erwarten Sie von mir, dass ich in dieser Rede auch auf das Thema Nationalpark eingehe, was ich gerne tue.

Eingangs möchte ich hierzu sagen, dass es natürlich durchaus Argumente gibt, die dafür sprechen sich mit einem Nationalpark zu beschäftigen. Ich respektiere und schätze als Demokrat natürlich auch den Einsatz all derer, die nicht mit einer Entscheidung und Meinung konform gehen. Genau das ist das Grundprinzip einer gelebten Demokratie.

„Ein Irrtum entsteht nicht durch einen Mangel an Wissen, sondern durch mangelndes Urteilsvermögen.“, ein Zitat von dem englischen Philosoph John Locke.

Für mich nicht zu respektieren ist die Vorgehensweise, in der den Bürgern vorgegaukelt wird, dass der Rat über Ihre Köpfe hinweg entschieden habe und man bewusst Informationen vorenthalte. Wir leben in einer parlamentarischen Demokratie, wir Ratsvertreter vertreten Mehrheiten der Bürger in unseren Entscheidungen, die sich keine Kollegin oder kein Kollege zu irgendeinem Zeitpunkt leicht gemacht hat, sondern vielmehr intensiv abgewogen hat.

Ein Nationalpark bietet sicherlich Vorteile, aber auch Nachteile zum aktuellen Status quo. Die vorsichtig angesetzten Verwaltungskosten beispielsweise liegen in Millionenhöhe und müssen, auch wenn diese vom Land getragen werden, letztendlich vom Steuerzahler übernommen werden.

Im Übrigen ging es bei der Entscheidung um eine Interessensbekundung und nicht um eine unverbindliche Information, wer Interesse bekundet ist grundsätzlich gewillt eine Entscheidung zu tragen, die Definition ist unter anderem im Duden nachzulesen. Heißt

also konkret, wenn ich ein Auto kaufen möchte und Interesse bekunde, beschäftige ich mich erst dann mit der Informationsbeschaffung, wenn ein konkretes Ziel einer Beschaffung vorliegt. Ansonsten ist eine weitere Konkretisierung und Detaillierung der Informationen obsolet. So ist auch unser Ratsbeschluss gefasst worden, alle Ratsmitglieder haben sich im Vorfeld entsprechend informiert, Meinerzhagen bestätigt im Übrigen diese Entscheidung deutlich.

Auch wenn diese Entscheidung Befürwortern einer Sache immer weh tut, möchte ich dennoch an dieser Stelle die Hand reichen und dazu appellieren das Engagement einer anderen Sache entgegenzubringen und die, ich weiß man hört es ungern, repräsentative Mehrheitsentscheidung zumindest zu respektieren. Ein potenzieller Bürgerentscheid wird diesen Haushalt deutlich belasten und das Ergebnis der Entscheidung letztendlich mit allergrößter Wahrscheinlichkeit auch nicht mehr verändern.

In der Gemeinde Herscheid sind wir auf gute Einnahmen aus Gewerbesteuern und Einkommenssteuern angewiesen, Schlüsselzuweisungen erreichen uns in diesem Jahr nicht und sind in der Sache volatil unplanbar.

Wir erleben Aufkäufe und Insolvenzen vor der Haustür, Deutschland ist in der EU aktuell wirtschaftlich abgehängt. Vor Ort werden wir den Trend nicht stoppen, viele Entscheidungen werden auf Landes- oder Bundesebene getroffen. Hier muss schnellstmöglich die Wirtschaftspolitik wieder unternehmerfreundlich und wettbewerbsfähig gestaltet werden, damit auch unsere Einnahmesituation vor Ort verbessert wird. Wir alle wollen einen Energiewandel und Reduzierungen von Emissionen, diese müssen aber im Einklang mit unseren europäischen Nachbarn und der Wirtschaft erfolgen, allein halten wir den Klimawandel nicht auf, da hilft auch nicht

die Inkaufnahme des Verlustes unseres Wohlstands. Wir werden diesen Wohlstand benötigen, um vor Ort die Folgen des Klimawandels für alle erträglich zu machen. Wir sehen, wie der Haushalt auch durch Instandsetzungen und Prävention beispielsweise im Hochwasserschutz belastet wird. Meine Hoffnung bleibt, dass hierzu ein Umdenken zeitnah in Berlin stattfindet.

Wir Menschen neigen leider aktuell immer mehr dazu unsere Unzufriedenheit auf die aktuellen politischen Vertreter zu projizieren, berechtigt oder unberechtigt. Bei den hohen Energiekosten, die uns auch im Haushalt vor Ort treffen, haben die meisten bereits vergessen, dass der Atomausstieg von einer CDU/SPD Bundesregierung beschlossen worden ist, mit allen zurzeit daraus resultierenden wirtschaftlichen Nachteilen.

Die Energiewende ist ein wichtiger Punkt, auch für Herscheid. Windräder dürfen aber niemals ideologisch oder in Subventionsabsicht, sondern nur mit einem ganzheitlichen Konzept geplant und umgesetzt werden.

Diesen Standpunkt vertritt die FDP-Fraktion bereits seit Jahrzehnten. Eine Verspargelung der Kommune, mit am besten 11 Windrädern solitär auf jedem Berg haben wir von Anfang an abgelehnt. Das Repowering am Brenscheid unter Einbeziehung der direkten Anwohner ist richtig und gut, weitere Windräder in Herscheid machen aufgrund besser geeigneter Standorte und erreichtem Flächenziel aus heutiger Sicht keinen Sinn, Planungen haben vor dem nächsten Flächennutzungsplan wahrscheinlich darüber hinaus sowieso keine Chance auf Umsetzung, ein Heranrücken an Ortschaften ist grundsätzlich zu verhindern. Die zu erzielenden Einnahmen für den kommunalen Haushalt sind nicht zu verachten, stehen aber im Gesamtkontext in keinem Verhältnis.

Abschließend fehlt der FDP-Fraktion eine Perspektive für die Haushalte 2026 und folgende. Bei aller Kreativität sehen wir wie eingangs erwähnt ohne grundlegende Reform der kommunalen Finanzierung keine Handlungsspielräume mehr und können uns die Aufstellung des Haushalts aktuell schwer vorstellen.

Gemeinsam mit den anderen Fraktionen werden wir weiter für die Zukunft Hirschheid streiten, Perspektiven und Standpunkte vertreten und Lösungen in unserem Handlungsrahmen finden.

Die FDP-Fraktion dankt allen ehrenamtlich engagierten Mitbürgern und Mitbürgerinnen, sei es bei der Feuerwehr, beim DRK, in den Sportvereinen oder an jeder anderen ungenannten wichtigen Stelle für die geleisteten Dienste am Wohl aller Bürger.

Die FDP-Fraktion stimmt heute dem Doppelhaushalt 2024 und 2025, dem Haushaltssicherungskonzept, dem Stellenplan und allen mitgeltenden Dokumenten zu. Bei sich abzeichnenden signifikanten Veränderungen für das Jahr 2025 fordern wir, dass dann umgehend ein entsprechender Nachtragshaushalt aufgestellt wird.

Vergessen wir abschließend gemeinsam niemals, die Demokratie ist unbequem, sie ist nicht perfekt, aber sie ist die einzige Form, die die größtmögliche Freiheit für jeden Einzelnen garantiert. Ich wünsche mir von Herzen, dass all diejenigen, die in extremen Positionen von außen ohne Lösungen dieses System massiv zu torpedieren versuchen von der Mehrheit in ihrem Handeln Lügen gestraft werden. „Nie wieder“ ist jetzt, gerade als liberaler Mensch ist es so wichtig dies immer wieder zu erwähnen und zu stärken. Egal welche demokratische Farbe im Herzen getragen wird, treten Sie aus dem Schatten heraus, engagieren Sie sich in einer demokratischen Partei und stärken Sie unsere Demokratie, damit auch unsere Kinder und Kindeskinde frei und

selbstbestimmt aufwachsen und mit Stärke allen extremen Bedrohungen mit breiter Brust entgegenreten können.

Ich wünsche uns allen Gesundheit, weiterhin ein glückliches Händchen in unseren Entscheidungen und danke für die Aufmerksamkeit!

Alexander Zuchowski, FDP-Fraktionsvorsitzender

-es gilt das gesprochene Wort-